

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Verlegung des Radweges von der Eichbachgasse in die Murfelder Straße (GRⁱⁿ Ingrid Heuberger, ÖVP)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Derzeit führt der Radweg durch die Eichbachgasse, die aus folgenden Gründen eigentlich ungeeignet ist: Es fährt die Buslinie Nr. 34 durch, die notwendigen Haltestellen machen diese Straße enger, es parken links und rechts Autos und es gibt nur auf einer Seite einen Gehsteig.

Die Murfelder Straße ist durch den Bau des Südgürtels weitgehend entlastet und wurde als 30er-Zone ausgewiesen. Infolge der Breite der Straße hätte durchaus eine Radspur Platz. Somit könnte die Route wie bisher weiter nach Gössendorf geführt werden!

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag,

die zuständige Mag. Abt. 10/8 – Abteilung für Verkehrsplanung wird ersucht zu prüfen, ob die dargestellte Verlegung der Radroute von der Eichbachgasse in die Murfelder Straße umsetzbar ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Bodenmarkierung auf kombinierten Geh- und Radwegen (GR Peter Stöckler, ÖVP)

Die kombinierten Geh- und Radwege in der Stadt sind oftmals auch Konfliktzonen, da sowohl Fußgängern als auch Radfahrern nicht bewusst ist, dass sie sich eben auf einer für mehrere Nutzergruppen ausgewiesenen Fläche befinden. Die Beschilderung am Beginn dieser Wege ist zumeist nicht ausreichend, um den Benützern diese Nutzungsart bewusst zu machen. Insofern stehen gegenseitiges Unverständnis und auch gefährliche Situationen an der Tagesordnung, was einem gedeihlichen Zusammenleben nicht förderlich ist.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die Holding-Graz Straßenraum wird ersucht, bei gemischten Geh- und Radwegen in einem finanziell vertretbaren Rahmen Bodenmarkierungen wiederholt aufzubringen, um den Nutzungszweck bzw. die Benutzergruppen dieser Wege verstärkt ins Bewusstsein zu rücken und damit die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer zu unterstützen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Alternativer Skaterplatz (GR Thomas Horst Alic, KPÖ)

Die Problematik bezüglich der SkaterInnen am Kaiser-Josef-Platz ist hinlänglich bekannt. Das bis in die Nachtstunden laute Schnalzen der Skateboards raubt den zahlreichen AnwohnerInnen den letzten Nerv. Umgekehrt brauchen Jugendliche

gerade in der jetzigen Zeit eine räumliche Möglichkeit, wo eine Zusammenkunft noch möglich ist. Sollte nichts geschehen, wird sich diese Problematik in den nächsten, immer wärmer werdenden Wochen weiter zuspitzen.

Eine für viele Teile zufriedenstellende Lösung wird es aus unserer Sicht erst geben, wenn den SkaterInnen eine adäquate und attraktive Alternative angeboten werden würde. Dieser Ort sollte zentrumsnah liegen, kaum bis gar keine anliegende AnrainerInnen haben, sanitäre Einrichtungen beinhalten sowie ein Angebot von Getränken und Snacks bieten.

Eine solcher Ort wäre mit dem ehemaligen Verkehrserziehungsgarten im Stadtpark zu finden. Die Flächen wären zum großen Teil schon asphaltiert. Eine öffentliche Toilette ist in nächster Nähe und mit dem Parkhouse findet man eine Lokalität, die schon jetzt vom Zielpublikum gut angenommen wird.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, bereit, in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer zu überprüfen, ob eine Errichtung eines Skateplatzes auf den Flächen des ehemaligen Verkehrserziehungsgarten möglich wäre?

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Dornschneiderwiese
(GR Thomas Horst Alic, KPÖ)

Seit Jahren bemühen sich die Mandatäre der KPÖ (BezirksrätInnen und GemeinderätInnen) um eine Attraktivierung der Dornschneiderwiese. Die Wiese ist 6744 m² groß, ein öffentlicher Sport- und Spielplatz und liegt im Wohn-Einzugsgebiet zwischen Tändelwiese, Triestersiedlung und Herrgottwiesgasse/Zentralfriedhof. Auf dem Gelände befinden sich ein Fußballplatz und ein allgemeiner öffentlicher Spielplatz. Die Ausstattung des Areals besteht aus zwei Eisentoren und zwei in die Jahre gekommenen Spielgeräten für Kinder, die so gut wie nicht genutzt werden und lässt damit sehr zu wünschen übrig. Seit mehr als zehn Jahren warten die Jugendlichen vor Ort darauf, dass die Dornschneiderwiese zu einem Sport- und Spielplatz gemacht wird, der diesen Namen auch verdient. Sie wünschen sich Fußballtore mit Netz, einen Basketballkorb, Outdoor-Fitnessgeräte sowie Sitzgelegenheiten mit Überdachung. Der niederschwellige Zugang zu sportlichen Aktivitäten außer Haus ist bei der Dornschneiderwiese ein besonderes Plus. Die Freude an der gemeinsamen Bewegung sollte allerdings nicht durch ein tristes Erscheinungsbild dieses Areals getrübt werden. Die noch vom ehemaligen Sportamtsleiter Gerhard Peinhaupt versprochene Adaptierung konnte aus unbekannten Gründen vor seiner Pensionierung leider nicht mehr realisiert werden.

Inzwischen haben sich die BewohnerInnen auch schon über das „BürgerInnenbudget: Mitgestalten – Mitentscheiden“ für „ihre Wiese“ stark gemacht. Die Abstimmung läuft gerade und das Projekt hat viele Fürsprecher. Sollte das Projekt aber auch auf diesem Weg nicht in die Umsetzung gelangen, wird es Zeit, endlich Maßnahmen zu setzen. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen, insbesondere Sportstadtrat Kurt Hohensinner sowie die Abteilung für Grünraum und Gewässer, mögen prüfen, ob die Dornschneiderwiese –

unabhängig vom BürgerInnenbeteiligungsprozess – gemäß den Ausführungen im Motivenbericht mit zeitgemäßen Spiel- und Sportgeräten ausgestattet werden kann, um die Grünfläche für die Bevölkerung, insbesondere für die Jugendlichen vor Ort, endlich attraktiver zu gestalten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.5 Gewalt an Schulen

(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)

Ein Gewaltvorfall an einer Grazer Volksschule hat kürzlich für viel (mediales) Aufsehen gesorgt. Dabei wurden von Medien, einigen politischen Parteien und leider auch vom Leiter der Schulpsychologie kulturelle Unterschiede bzw. der Migrationshintergrund des Gewalttäters ins Spiel gebracht. Dabei steht dies im Widerspruch zu dem, was involvierte SchülerInnen, LehrerInnen, BetreuerInnen und Eltern dazu sagen, die sich gesammelt gegen jegliche rassistische Zuschreibung verwehren.

Es scheint, als solle hier von systemischem Versagen abgelenkt werden. Denn die Probleme mit dem Schüler waren lange zuvor bekannt, wurden aber von der Schule verharmlost. Auch die zuständige Schulpsychologin konnte aufgrund ihrer geringen Involviertheit kein adäquates Urteil bilden, dem sofort (der erste Vorfall mit Polizeieinsatz passierte vor mehr als einem Jahr) wirksame Maßnahmen gefolgt wären. Geschultes Personal, wie SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen können Konflikte bereinigen, bevor diese in Gewalt enden. Jedoch ist es dafür dringend notwendig, dass ihre Anzahl erhöht wird, damit diese stärker vor Ort – also direkt in den Schulen – präsent sein können. Denn derzeit ist dies aufgrund der geringen Anzahl an SchulpsychologInnen nicht möglich. Um gewaltpräventive Maßnahmen zu stärken, für eine bessere Kommunikation zwischen Eltern und Schule zu sorgen sowie die während der Lockdowns stetig größer werdende Lernproblematik in den Griff zu

bekommen, wäre der Aufbau sozialarbeiterischer Strukturen für die Schulen mehr als notwendig. Die regelmäßige Anwesenheit von SozialarbeiterInnen in Schulen ist wichtig, damit SchülerInnen Vertrauen zu den Personen aufbauen können, ohne das wirkungsvolle, langfristige Präventions- und Vermittlungsarbeit nicht möglich ist.

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz mögen sich beim Land Steiermark dafür einsetzen, dass die beim Landesschulrat angesiedelte Abteilung für Schulpsychologie erheblich aufgestockt und eine Abteilung für Schulsozialarbeit in einem Umfang eingerichtet wird, dass in jeder Schule zumindest einmal pro Woche sozialarbeiterische Begleitung erfolgt.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Information vor Ort bei Baumfällungen
(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)**

Bezirksvorstehungen und Gemeinderatsklubs werden von der Holding Graz monatlich über anstehende Baumpflegemaßnahmen informiert. Das ist ein lobenswerter Service. Denn immer wieder sorgen Baumfällungen für Aufregung bei BürgerInnen. In den Infos der Holding Graz für politische Organe sind Ort, Art und avisierte Zeitpunkt der Maßnahmen sowie die durchführende Firma (entweder werden sie von der Holding Graz selbst vorgenommen oder extern vergeben) enthalten. Doch zwei entscheidende Informationen fehlen leider:

- 1.) Der Anlass für die Baumentnahmen. Handelt es sich um Krankheiten, Alter, Gefährdung, Pilzbefall, bauliche Maßnahmen etc. Im Baumkataster sind diese Information zwar sichtbar, aber für viele Leute nicht einfach zu finden.
- 2.) Ob und wann eine Ersatzpflanzung an der gleichen Stelle vorgenommen wird.

In Schwechat werden von den Stadtwerken folierte Zettel vor der Fällung an betroffenen Bäumen angebracht. Sie enthalten Informationen zum Grund der Fällung und zum Zeitpunkt der geplanten Nachpflanzung – für Laien verständlich aufbereitet. Ähnliches wäre auch in Graz auf Datengrundlage des Baumkatasters empfehlenswert. Mit dem Baustellenkalender oder der Schau-auf-Graz-App zeigt die Holding ja bereits, was in Sachen Information der Bevölkerung möglich ist.

Im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich folgenden

Antrag:

Nach dem Vorbild der Gemeinde Schwechat sollen Bäume vor derer Fällung mit entsprechenden Informationen für die BürgerInnen versehen werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Kosten für Schulbetreuung
(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)**

Auf dringende Bitte von DirektorInnen sowie aus eigenem Verantwortungsgefühl bzw. Sorge vor weiterer Verbreitung der Corona-Pandemie verzichten derzeit allerorts Eltern darauf, ihre Kinder in den Schulen betreuen zu lassen. Nachmittagsbetreuung findet daher in vielen Grazer Grundschulen nur mehr in sehr eingeschränkter Form

statt, in der Unterstufe, die die Kinder ohnehin nur mehr an zwei statt an fünf Tagen besuchen, wird vielerorts für die anderen Tage gar keine Betreuung angeboten. Obwohl die Betreuungsarbeit damit die Eltern übernehmen, zahlen sie seit der teilweisen Schulöffnung wieder die vollen Betreuungsbeiträge. Die „Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH“ begründet dies damit, dass die „Firma“, wie die Leiterin, der 2016 aus dem Magistrat ausgelagerten Stelle ihre Abteilung selbst nennt, den Eltern im ersten Lockdown ohnehin schon so entgegengekommen sei und sich das nun nicht leisten könne. Dabei ist erwiesen, dass Eltern die größten Belastungen der Corona-Krise zu tragen haben – sowohl psychisch als auch ökonomisch. Im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die „Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH“ möge den Eltern die bereits bezahlten Beiträge für Nachmittagsbetreuung und verschränkten Ganztagesunterricht für den gesamten Zeitraum des eingeschränkten Präsenzunterrichts bis zur kompletten Schulöffnung zurückerstatten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Staatliche Betreuung für geflüchtete, unbegleitete Kinder und Jugendliche ab dem Eintreffen auf österreichischem Staatsgebiet
(GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)**

In den Jahren 2015 und 2016 sind laut Europol 10.000 Kinder und Jugendliche auf den damaligen Fluchtrouten Europas spurlos verschwunden. Laut aktueller Meldung von Montag, dem 19. April 2021, in der Kleine Zeitung, wurden in Europa zwischen 2018 und 2020 18.292 unbegleitete Flüchtlingskinder und Jugendliche als vermisst gemeldet, nachdem sie in „staatlicher Obhut“ waren. Über diese bekannte Schande

gibt es seit 2016 mehrere ausführliche Berichte in deutschen Medien sowie einen Bericht von UNICEF.

Auch in Österreich sind laut parlamentarischer Anfrage im Jahr 2020 mehr als die Hälfte aller unbegleiteten Kinder und Jugendlichen verschwunden, bevor sie zu einem Asylverfahren zugelassen wurden (Ö1-Bericht, 23. März 2021). Da die Obsorge der Kinder- und Jugendhilfe erst mit der Zulassung zum Asylverfahren beginnt, fühlt sich bis dahin keine Behörde zuständig. Da bis zum Asylverfahren lange Monate vergehen können, sind diese Kinder – auch in Österreich – sich selbst überlassen.

Die klare Forderung von ExpertInnen lautet, dass eine eindeutige und bundesweite Regelung geschaffen werden soll, dass Jugendhilfeträger von Anfang an verpflichtet sind, die Obsorge für unbegleitete Kinder zu übernehmen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass es soweit kommt, dass Kinder versuchen, andere Wege zu gehen und dabei Gefahr laufen, Opfer von Menschen- oder Organhandel zu werden.

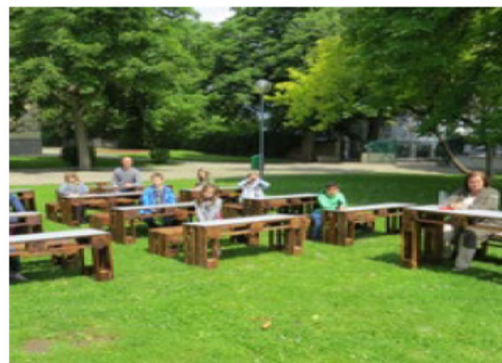
Antrag:

Die Stadt Graz soll sich am Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber wenden, damit unverzüglich eine eindeutige und bundesweite Regelung geschaffen wird, wonach Jugendhilfeträger verpflichtet werden, die Obsorge von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen von Anbeginn ihrer Ankunft in Österreich zu übernehmen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Freiluftklassen auch für Grazer Volksschulen (GR Kurt Luttenberger, KPÖ)

Die niederösterreichische Stadtgemeinde Traiskirchen macht es vor. Bereits im Pandemiejahr 2020 wurde dort die erste „Freiluftklasse“ eröffnet. 2021 werden jetzt flächendeckend in allen Volksschulen Freiluftklassen baulich eingerichtet und Kindern sowie PädagogInnen angeboten. Geht es doch darum, in Zeiten bestehender und möglicherweise künftiger Pandemien mit diesen „Outdoor“-Klassen ein Mehr an Sicherheit und eine Antwort auf Schulöffnungen und Schulschließungen zu geben. Die Schulstadt Graz soll aus den Erfahrungen von Traiskirchen lernen und ebenfalls, wenigstens einige „Leuchtturmprojekte“ in punkto Freiluftklassen in Grazer Volksschulen setzen.



Antrag:

Der zuständige Stadtrat Hohensinner und die Abteilung für Bildung und Integration werden ersucht zu prüfen, ob – wie im Motivenbericht erwähnt – Freiluftklassen in Grazer Volksschulen alsbald umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Eggenberger Gemeindepark – Möglichkeiten für Sport,
Spiel und Erholung schaffen!
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

Egal in welchem Grazer Bezirk man schaut, überall stehen Baukräne, welche ein markantes Zeichen der regen Bautätigkeit in unserer Stadt sind. Viele freie Flächen werden verbaut, Platz für Spiel, Sport und Erholung wird immer weniger.

Gerade auch deshalb sollten zumindest bereits vorhandene Angebote an Grünflächen besser genutzt werden - so auch beispielsweise der Gemeindepark in Graz Eggenberg. Im näheren Umfeld sind viele Neubauten entstanden oder in der Entstehung begriffen. Das erhöht natürlich den Bedarf an Spiel- und Sportmöglichkeiten. Der Park ist leider nur mit ein paar Bänken ausgestattet. Einerseits fehlt die Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen. Die Errichtung eines Streetworkout-Platzes wäre sinnvoll. Andererseits wäre auch ein (eingezäunter, bzw. von der Straße abgeschirmter) Bereich für Kinder mit Spielgeräten ebenso erfreulich.

Ein entsprechender Antrag zu diesem Thema im Bezirksrat Eggenberg wurde einstimmig angenommen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen unter Einbeziehung der AnrainerInnen und dem Bezirksrat ein Konzept zur Aufwertung des Gemeindeparks in Eggenberg entwickeln.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Nahverkehrs-drehscheibe Graz Hauptbahnhof – kostensparende Beleuchtung bei der unterirdischen Straßenbahnunterführung
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

Ende 2012 wurde die Nahverkehrs-drehscheibe am Grazer Hauptbahnhof fertiggestellt. Der Bahnhofsvorplatz präsentierte sich im neuen Design, das neue Vordach markierte das Zentrum des Platzes. Rund 40.000 Fahrgäste frequentieren den Bahnhof tagtäglich. Was jedoch bei der Neugestaltung der unterirdisch angelegten Haltestelle nicht realisiert wurde, ist eine zeitgemäße, kostensparende Beleuchtung. Trotz mehrfachen Bemühungen gibt es noch immer eine unnötige Beleuchtung während der gesamten Tageszeit - und das trotz bestehender Lichtschächte. Jeden Tag geht so viel an unnötig verbrauchter Energie verloren. Laut Berechnungen kann man davon ausgehen, dass so bis heute über 1.100.000 kWh Strom im Gegenwert von mehr als ca. 150.000 Euro verschwendet wurden.

Bereits 2018 forderten wir mittels Antrag eine Adaptierung des gesamten Beleuchtungssystems nach dem neuesten Stand der Technik. Mit einer an die Helligkeit angepassten Beleuchtung, könnte die Stadt Graz ihrem Ruf als Ökostadt gerecht werden, und somit viel Strom und Geld sparen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz dafür zu sorgen, dass das Beleuchtungskonzept bei der unterirdischen Straßenbahnhaltestelle bei der Nahverkehrs-drehscheibe am Grazer Hauptbahnhof sowie bei den Stiegenauf- und -abgängen so rasch wie möglich an die Gegebenheiten vor Ort angepasst und diesbezüglich verbessert werden, dass zukünftig Energie und Kosten gespart werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Namensgebung für Freizeitpark Starhemberggasse sowie der öffentliche Parkanlage Dreierschützengasse
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

In der Gemeinderatssitzung vom 25. März 2021 wurde unter anderem der Flächenwidmungsplan 4.05, 5. Änderung beschlossen. Als Änderungspunkt wurde dabei auch die Umwidmung des neuen öffentlichen Parks in der Starhemberggasse mit der Zusatzwidmung Freizeitpark im Ausmaß von ca. 5.300m² beschlossen. Auch der neue nördlich gelegene Pocketpark neben dem Hofer-Markt (angrenzend an die Dreierschützengasse) wurde thematisiert.

Nachdem in der Smartcity ein Park neben dem Science Tower neu errichtet wird und nach Nikolaus Harnoncourt, einem verdienten Grazer Bürger benannt wird, wäre es sehr wünschenswert, die beiden erwähnten neuen Parkanlagen nach verdienten Grazerinnen zu benennen. Dabei soll nach der im Grazer Gemeinderat beschlossenen Liste vorgegangen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht zu prüfen, ob – wie im Motivenbericht beschrieben – die beiden angeführten Parkanlagen in Eggenberg nach verdienten Grazer Frauen ernannt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Verbindung körperliche Aktivität und Schutz der Umwelt – für eine Förderung der Trendsportart #Plogging!
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

Der Begriff „Plogging“ stammt – wie auch der Trend selbst – aus Schweden: Er setzt sich aus dem schwedischen Wort „plocka“ (sammeln, suchen oder aufheben) und „Jogging“ zusammen. Plogging hat dabei nicht nur für die Umwelt einen positiven Effekt, auch der Joggende selbst profitiert: Durch das regelmäßige Beugen, Aufrichten und Aufheben werden zusätzliche Muskelgruppen trainiert.

Plogging ist eine gute Möglichkeit gegen den liegengebliebenen Müll in der Stadt, auf Laufstrecken oder auch in der Natur vorzugehen. Dieser Joggingtrend aus Schweden ist nicht nur gut für Geist und Körper, er ist auch gut für die Umwelt.

Es wäre sinnvoll, wenn sich diese Trendsportart auch in Graz durchsetzt. In Zusammenarbeit mit dem Umwelt- sowie dem Sportamt könnte man – passend zum Start der Laufsaison – mit einer #Plogging-Aktion im Rahmen des Sportjahres 2021 starten. Beispielsweise könnten Lauf-Bags für Sportbegeisterte ausgegeben und somit ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Grazer Sport-Aktion für die Trendsportart #Plogging zum Wohle der Gesundheit und Umwelt zeitnah umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Zusätzliche Müllcontainer in öffentlichen Parks
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

Wenn man letzten Sonntag in den Morgenstunden durch den Grazer Stadtpark ging, erbot sich beim Anblick der Passamtswiese ein erschreckendes Bild. Die gesamte Fläche(!) war von Müll übersät. Die vorhandenen Mülleimer quollen über. Die zwei Mitarbeiterinnen der Abteilung für Grünraum und Gewässer konnten einem leidtun und verbrachten schätzungsweise den ganzen Vormittag, um die große Wiese vom Müll zu befreien.

Es ist in Anbetracht der vorherrschenden Zeit logisch, dass vor allem Jugendliche Kompensationsorte zu den geschlossenen Fortgehmöglichkeiten suchen. Da stehen derzeit die öffentlichen Parks an erster Stelle.

Meistens fehlt es nicht an der Bereitschaft, den eigenen Müll zu entsorgen, sondern an den unzureichenden Möglichkeiten. Die vorhandenen Mülleimer reichen bei Weitem nicht aus. Viele Parkgäste stellen ihren Müll gesammelt zu den bereits überquellenden Eimern. In den Morgenstunden durchwühlen zumeist Krähen auf der Suche nach Essensresten die weggeworfenen Verpackungen, welche dann wiederum von den MitarbeiterInnen in Kleinstarbeit wieder zusammengesammelt werden müssen.

Sobald die Abende lauer werden, werden sich die Bilder in den Parks wiederholen. Deswegen wäre es sinnvoll, wenn zusätzlich große Müllcontainer aufgestellt werden, die mit einem netten Hinweis und der Aufforderung, den Müll hier zu entsorgen, versehen werden. Auch wäre es möglich, dass beispielsweise MitarbeiterInnen der Ordnungswache in den abendlichen Stunden auf die Leute direkt zugehen und ihnen große Müllsäcke mit einem nett gemeinten Hinweis überreichen.

Solche Maßnahmen würden einerseits unsere Parks saubererhalten und zu weniger Ärger der restlichen Parkbesuchenden sorgen sowie andererseits, die sehr bemühten MitarbeiterInnen entlasten.

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, umgehend zusätzliche Müllcontainer aufzustellen, um der Vermüllung in den Grazer Parks entgegenzuwirken und so auch die MitarbeiterInnen der Abteilung für Grünraum und Gewässer und der Holding Graz zu entlasten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Ausstattung des Maria-Cäsar-Parks in Liebenau mit generationenübergreifenden Spiel- und Sportgeräten
(GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer, KPÖ)**

Ausreichend körperliche Aktivitäten steigern die Lebensqualität und mindern das Risiko vieler Erkrankungen. Das gilt für alle Altersgruppen. Besonders in dieser schwierigen Zeit – bedingt durch Corona – ist das Bedürfnis der Menschen nach Bewegung und Kommunikation gestiegen. Um diesen Anspruch vor Ort besser gerecht werden zu können, ist die Ausstattung des Maria-Cäsar-Parks mit generationenübergreifenden Spiel- und Sportgeräten sicherlich eine gute Investition in die Gesundheit aller Bevölkerungsteile. Einerseits besteht somit der Vorteil darin, dass ein solcher „Generationenpark“ auf spielerische Art und Weise für jede Altersgruppe Möglichkeiten schafft, sich jeweils altersgerechte Bewegung zu verschaffen und so das körperliche Wohlbefinden zu steigern und andererseits kann er eine integrative Rolle dahingehend spielen, da er als Ort gedacht ist, an dem sich Kinder, Erwachsene und SeniorInnen spielerisch einander annähern können.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, den geschilderten Sachverhalt zu prüfen, damit die Ausstattung des Maria-Cäsar-Parks in Liebenau mit generationenübergreifenden Spiel- und Sportgeräten umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Errichtung einer WC-Anlage auf dem Bezirkssportplatz St. Vinzenz
(GR Mag. Rudolf Moser, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Bezirkssportplatz St. Vinzenz in der Vinzenzgasse ist der größte Sportplatz im Bereich Eggenberg–Lend und umfasst 2 Fußball-Kleinfelder, 2 Tennisplätze, einen Volleyball- und einen Basketballplatz. Zusätzlich gibt es einen Tischtennistisch und einen Trinkbrunnen.

Aufgrund der Größe des Platzes, der Corona-Beschränkungen und des Sportjahres wird der Platz besonders nachmittags und an den Wochenenden recht gut angenommen. So benützen auch viele Sportbegeisterte aus dem Bezirk Lend diesen Sportplatz. Trotz mehrerer Anträge im Bezirksrat ist es in den letzten 10 Jahren nicht gelungen diesen Platz mit einer WC-Anlage auszustatten. Besonders verschärft hat sich die Situation durch die Corona-Beschränkungen, zumal alle Gaststätten geschlossen sind oder in Zukunft nur mehr mit Einschränkungen betreten werden dürfen. In der näheren Umgebung gibt es auch keine Möglichkeit, die Notdurft zu verrichten.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge die Aufstellung einer WC-Anlage zum nächstmöglichen Zeitpunkt prüfen. Zur Überbrückung bis zur Errichtung einer WC-Anlage wird um die Aufstellung zumindest zweier mobiler WCs ersucht.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Hundewiese für Andritz
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie wichtig Tiere und hier besonders das soziale Rudeltier Hund für viele Menschen ist, bedarf heute keiner weiteren Erklärungen mehr und ist hinlänglich bekannt. Vor allem im urbanen Bereich hat der Hund einen besonderen sozialen Stellenwert! Ein Hund ist für die meisten Hundehalter ein vollwertiges Familienmitglied. Um einem Hund ein artgerechtes Leben auch in der Stadt zu ermöglichen, braucht es gesicherte Flächen, wo sich das Tier auch ohne Leine austoben kann. Deshalb sind Hundewiesen ein wichtiger Bestandteil im grünen Stadtgefüge.

In Graz leben derzeit rund 17.000 Hunde und es stehen nur 15 Hundewiesen zur Verfügung. Im Bezirk Andritz gibt es leider keine gesicherte Auslauf-Fläche für Hunde. Die Stadt Graz hat in der Grazer Straße große Flächen u.a. für eine Erweiterung der bestehenden Parkanlage für die vielen Bewohner der umliegenden Siedlungen Grazer Straße, Arland, Papierfabrikgasse etc. angekauft. Dringend notwendig wäre es nun unserer Meinung nach, diese Möglichkeit zu nutzen und hier auch eine Hundewiese zu errichten.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, ob die Errichtung einer Hundewiese in diesem Bereich möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.18 Skaten in Graz
(KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

Die Entwicklungen rund um die Szene der Skaterinnen und Skater am Kaiser-Josef-Platz und in weiterer Linie am Lendplatz – Stichwort: „Quasi-Untersagung des Skater-Sports im öffentlichen Raum auf Basis der Straßenverkehrsordnung“ – können weder die Sportstadt Graz noch das „junge Graz“ zufriedenstellen. Es wird mit diesen Maßnahmen einer wachsenden urbanen Jugendkultur und dem Ziel der diversen Nutzung des öffentlichen Raumes jedenfalls nichts Gutes getan. Jede und jeder versteht, dass eine andauernde Belastung von AnwohnerInnen durch Lärmerzeugung welcher Art auch immer – insbesondere (spät-)abends oder an Sonn- und Feiertagen, wo gerade der Kfz-Verkehr, der an vielen Orten und Plätzen dieser Stadt objektiv die höchste Lärmbelastung darstellt, geringer ist – nicht so einfach hinnehmbar ist und Beschwerden dieser Art von Politik und Verwaltung ernst zu nehmen sind. Den Skaterinnen und Skatern jedoch auch nachmittags oder am frühen Abend ihre Sportausübung zu verunmöglichen, indem sie mit Anzeigen bedroht und in weiterer Folge belegt werden, ist keine „Lösung des Problems“. Noch dazu, wo gerade in diesen

Wochen ein Mediationsprozess unter der Leitung des Friedensbüros und auf Anregung des Bezirksrat St. Leonhard gestartet wurde. Im Zuge dieser Mediation wurden soeben Befragungen aller Beteiligten – also der SkaterInnen, der AnwohnerInnen und weiteren am Platz vorhandenen Stakeholdern – durchgeführt, die Ergebnisse wurden jedoch noch nicht ausgewertet. Weitere Schritte in diesem Prozess konnten also aufgrund der kurzen Zeitspanne noch nicht gesetzt werden. Jedenfalls aber wurde ein Weg eingeschlagen, der eine möglichst gute Lösung für alle Gruppen und alle Interessenslagen möglich machen hätte können.

Doch nun ist es zu diesem Verbot und zu den Ankündigungen der Bestrafung von SkaterInnen, die nicht nur rollen, sondern auch gerne „Ollies“ versuchen, gekommen. Mit dieser juristischen Entscheidung kann man unserer Meinung nach das Phänomen Skaten und Nutzung urbaner Räume als Politik nicht abhaken und zur Tagesordnung übergehen. Einerseits wissen wir, dass das Sportamt sich um den Ausbau von Skater-Anlagen bemüht, andererseits sind die vorhandenen und die möglicherweise in einigen Jahren umgesetzten Skater-Anlagen für die wachsende Szene zu wenig und sie werden auch den Wunsch vieler SkaterInnen, den öffentlichen Raum zu nutzen, nicht auf Dauer stoppen. Die Stadt Graz sollte sich also Gedanken über verträgliche Zonen und Zeiten für den Skater-Sport in der Stadt machen. Dass sich das Sportamt und Sportstadtrat Hohensinner hier immer bemüht haben, sei der Vollständigkeit halber angemerkt. Ebenso sei angemerkt, dass es in Graz zumindest einen Ansprechpartner für die Politik und für Überlegungen, den Skate-Sport weiterhin geordnet zu ermöglichen gibt. Der Verein GRÄB bemüht sich erfolgreich, die Interessen der SkaterInnen zu vertreten und hat sich bereits am Lendplatz i.S. des Abschlusses einer Vereinbarung ausgezeichnet. Ähnliches sollte möglich sein, wenn die Stadt das Ziel verfolgt, den Skater-Sport auch weiterhin in Bahnen im öffentlichen Raum möglich zu machen.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

Antrag:

Der zuständige Sport- und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner möge mit dem Verein GRÄB, den VertreterInnen von Jugendamt, Sportamt, dem Verein Streetwork, dem Friedensbüro und in weiterer Folge unter Beiziehung der Bezirksvertretungen in den einzelnen Grazer Stadtbezirken öffentliche Orte prüfen und bewerten, um den olympischen Skater-Sport örtlich und zeitlich geordnet bzw. begrenzt und legal weiterhin im Stadtraum zu ermöglichen. Über die Ergebnisse dieser Bemühungen möge dem Sport-Ausschuss bei einer seiner nächsten Sitzungen berichtet werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Tischtennis in unseren Grünanlagen
(KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

Die Nutzung der städtischen Parks und Grünanlagen ist erfreulicherweise stark steigend und führt des Öfteren zu kleinen Stadtwandertagen aus oft zu kleinen Wohnungen und aus den leider nicht immer sehr BenutzerInnen freundlichen Freibereichen vieler Wohnanlagen in unserer Stadt. Die Menschen, die die Parks aufsuchen, haben selbstverständlich sehr unterschiedliche Bedürfnisse und so ist die Nutzung der Flächen in unseren Grünanlagen auch sehr divers und bunt. Manche liegen in der Sonne, manche sitzen zu Gesprächen oder für die Lektüre eines Buches auf den Parkbänken und wieder andere treiben Sport. Oftmals werden die Sportgeräte mitgenommen, manche Sportarten brauchen in den Parks jedoch die entsprechende Infrastruktur. Im Gegensatz zum beliebten Fußball oder Badminton kann die wachsende Anzahl an Freundinnen und Freunden des Tischtennis zwar Schläger und Bälle leicht transportieren, die Tischtennistische, die braucht es aber vor Ort. Es sind natürlich in den meisten Parks zwei oder drei Tischtennistische vorhanden, allerdings

sieht man immer häufiger, dass dieses Angebot nicht mehr ausreicht. Es entstehen immer wieder längere Wartezeiten für jene, die sich für ein Tischtennis-Match oder für ein Rundgängerl in ihren Lieblingspark begeben. Wie so oft steuert bekanntlich das Angebot die Nachfrage und gerade im Sportjahr 2021 sollte die Stadt nichts unversucht lassen, die Freude an der Bewegung, an Sport und Spaß und in diesem speziellen Fall am Tischtennissport zu unterstützen und zu fördern.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

Antrag:

Das Sportamt möge die Aufstellung weiterer Tischtennistische sowohl in den größeren städtischen Grünanlagen als auch in kleineren Parks prüfen und entlang der budgetären Möglichkeiten noch in diesem oder spätestens im nächsten Jahr umsetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Web-Auftritt Holding Graz GmbH – Routenplaner und Fahrpläne
(KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

Vor wenigen Wochen ist der Internet-Auftritt der Holding Graz in frischem Kleid, mit neuen Services und einem breiten Informationsangebot zu den verschiedenen Dienstleistungen der Holding sowie deren Tochter-Unternehmen online gegangen. Ein frischer Eindruck dieses Auftritts und eine teilweise bessere Übersicht über die unterschiedlichen Angebote sollen lobend hervorgehoben werden. Auch die vielen Korrekturen des einen oder anderen verständlichen inhaltlichen Fehlers oder Schwächen in der Programmierung werden nach unserem Wissens- und Beobachtungsstand sukzessive nachgebessert. Aber nicht alle sind mit allem

einverstanden und manches ist nicht nachvollziehbar. So wurde beispielsweise der Routenplaner der Graz Linien offenbar durch einen „Bot“ ersetzt. Dieser funktioniert nicht mehr entlang von Start- und Ziel-Adresseingaben, diese „künstliche Intelligenz“ findet leider nur Haltestellen und keine tatsächlichen Ziele. Damit sind weder die Gesamtdauer einer Fahrt noch unterschiedliche Routenangebote für diverse Fahrten abfragbar. Eine andere Änderung, die weniger die digitale Community, sondern vielmehr ältere Menschen, ist der Umstand, dass es die Fahrpläne für die einzelnen Haltestellen der Straßenbahn- und Stadtbuss-Linien nicht mehr im gewohnten Graz-Linien-Look zum Download und Ausdruck gibt. Da die Nachbesserungen und die Optimierungen zur neuen Website der Holding Graz GmbH bestimmt noch nicht abgeschlossen sind und es wahrscheinlich auch immer wieder inhaltliche Überarbeitungen geben wird, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

Antrag:

Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler möge sich mit der Holding Graz GmbH i.S. der im Motiventext genannten Adaptionen und Verbesserungen ins Einvernehmen setzen und den KundInnen- und Fahrgast-freundlichen Routenplaner sowie die Fahrplan-Downloads zu einem Weiterleben auf der neuen Homepage www.holding-graz.at verhelfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Dokumentation der Grazer Innenhöfe digitalisieren und veröffentlichen
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Die vom Naturschutzbund im Rahmen des Kulturhauptstadt-Jahres 2003 erstellte Grazer Vorgärten Studie ist mittlerweile öffentlich zugänglich. In der Folge hatte der Naturschutzbund über Auftrag der Stadtplanung eine Dokumentation der Grazer Innenhöfe erstellt. Diese wurde der Öffentlichkeit bis dato leider nicht zugänglich gemacht.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Die vom Naturschutzbund im Auftrag der Stadtplanung erstellte Dokumentation der Grazer Innenhöfe möge digitalisiert und analog zur Grazer Vorgarten-Studie online zugänglich gemacht werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Gewalt an Grazer Schulen – wie können SchülerInnen bestmöglich unterstützt werden?
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

In den letzten Wochen wurde mit großem Bestürzen über einen Gewaltvorfall an einer Grazer Volksschule medial berichtet: 9-jährige Volksschüler hatten einen Mitschüler bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt. Dieser Vorfall ist kein Einzelfall, Gewaltdelikte an Schulen und Bildungseinrichtungen haben in den vergangenen Jahren in der Steiermark zugenommen.

Auch die Corona-Krise bringt für Kinder und Jugendliche große psychische Belastungen mit sich: Zum einen waren viele Freizeitaktivitäten wie Sport und das unkomplizierte Treffen mit FreundInnen über lange Zeit nicht möglich. Zum anderen können Existenz- und Zukunftsängste der Eltern, aber auch schwere Corona-Erkrankungen naher Angehöriger Kinder stark belasten. Aktuelle Studien zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zeigen besorgniserregende Entwicklungen: Über die Hälfte der 14-Jährigen leidet an depressiver Symptomatik, 16% denken sogar regelmäßig an Suizid.

Die immense Belastung durch die Corona-Krise und die langen Phasen des Home-Schoolings haben den Klassenzusammenhalt mit Sicherheit nicht verbessert. Es ist anzunehmen, dass die geschilderten, vielfältigen Belastungen auch in Zukunft im schlimmsten Fall in Gewaltausbrüchen zum Ausdruck kommen.

Gleichzeitig sind Unterstützungsangebote wie die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit nach wie vor hoffnungslos unterfinanziert. Für die 39 Volksschulen und 17 Mittelschulen in Graz sind derzeit beispielsweise 9 Vollzeitstellen für die Schulsozialarbeit vorhanden, die zu 60% vom Land, zu 40% von der Stadt finanziert sind. Volksschulen werden im Rahmen der Schulsozialarbeit meist mit geringem Stundenausmaß mitbetreut. An der Schule, an der es zu dem konkreten Gewaltvorfall kam, gibt es gar keine Schulsozialarbeit.

Von ExpertInnen wurden aber auch weitere Maßnahmen wie mehr Gewaltprävention bereits in der Elementarpädagogik, ein Ausbau der Schulpsychologie und mehr interkulturelle Kompetenz bei den Lehrkräften gefordert.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

1. Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob die Mittel für die Schulsozialarbeit in enger Abstimmung mit der zuständigen Landesrätin Juliane Bogner-Strauß möglichst rasch erhöht werden können.
2. Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, einen runden Tisch mit VertreterInnen der Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, LehrerInnen etc. einzuberufen, um weitere Maßnahmen zur Gewaltprävention an Grazer Schulen zu diskutieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.23 Betrifft: Spielplatz Grazer Straße
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

Nahe der Haltestelle „Grazer Straße“ liegt der kleine, ziemlich in die Jahre gekommene öffentliche Spielplatz Schöckelbachweg. Durch die alten Bäume ist der Standort herrlich schattig, in den umliegenden Siedlungen gibt es ansonsten wenige Spielmöglichkeiten und Freiflächen für Kinder. Der Spielplatz wird aufgrund der in die Jahre gekommenen, wenigen Spielgeräte kaum genutzt. AnrainerInnen waren mit der Bitte einer Erneuerung des Spielplatzes auch bereits mit dem Bezirksvorsteher in Kontakt, passiert ist bis jetzt aber noch nichts. Derzeit gibt es auch keinen Trinkbrunnen am Spielplatz. Unter Einbeziehung des schönen, alten Baumbestandes würde sich beispielsweise die Errichtung eines kleinen Baumhauses oder anderer naturnaher Spielgeräte anbieten. Am wichtigsten ist aber natürlich, die viele Familien und Kinder, die in unmittelbarer Umgebung wohnen, nach ihren Wünschen zu fragen!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner als für Jugend, Familie und Sport zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung der Expertise von Vereinen wie dem Kinderbüro oder Fratz Graz sowie der Abteilung für Grünraum, mit welcher der Bezirksvorsteher bereits in Kontakt war, einen Beteiligungsprozess mit den AnrainerInnen zur Neugestaltung des Spielplatzes Grazer Straße zu starten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bild unten: Wo sind die Spielgeräte versteckt?



11.24 Verkehrskonzept Eggenberg
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Thema, das die meisten Grazerinnen und Grazer bewegt, ist sicherlich die Verkehrssituation in unserer Stadt, da diese in fast allen Bezirken mehr als nur besorgniserregend ist. In vielen Stadtteilen kommt es durch starkes Verkehrsaufkommen und enge Straßen immer wieder zu Staus oder gar zu Unfällen. Besonders brisant scheint die Situation in Eggenberg zu sein. So kommt es im Bereich der Baiernstraße oder der Eckertstraße aufgrund der geringen Fahrbahnbreite immer wieder zu Staus, die natürlich die Lebensqualität für die BewohnerInnen dieses Bereichs massiv einschränken und zu großem Unmut führen.

Wie für viele Stadtteile fehlt auch hier ein passendes Verkehrskonzept, das die vorhandenen Verkehrsflächen und die Lebensqualität der AnrainerInnen berücksichtigt. Aus diesem Grund wurden einige Grazerinnen und Grazer von selbst aktiv und haben für einen Eggenberger Teilbereich ein vernünftiges Verkehrskonzept erstellt, dass einerseits die Schaffung von Hauptverkehrsadern (z.B. Karl-Morre-Straße, Eggenberger-Allee oder Reininghausstraße) vorsieht. Andererseits sieht dieses Konzept für die Wohngebiete ein sinnvolles Einbahnsystem vor (siehe Abbildung). Das Einbahnsystem soll in diesem Konzept wechselseitig angelegt sein und einen Radweg entgegen der Einbahn vorsehen. Zusätzlich sollen die vorhandenen Parkplätze aufgrund einer Ausnahmegenehmigung den AnrainerInnen, HeimgartenbesitzerInnen und Berufstätigen, deren Dienstort sich in diesem Bereich befindet, vorbehalten werden.

Durch dieses Konzept kann der Individualverkehr flüssiger und besser verteilt stattfinden und die Belastung für die Anrainerinnen und Anrainer massiv verringert werden.

Aus diesem Grunde, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

- 1) Die Verkehrsplanung soll die Verkehrssituation in den im Motivenbericht beschriebenen Bereichen prüfen.
- 2) Die Verkehrsplanung soll das von den AktivbürgerInnen ausgearbeitete Konzept einer Verkehrslösung prüfen und das Ergebnis dem Ausschuss für Verkehr und dem Bezirksrat von Eggenberg präsentieren.
- 3) Im Falle einer negativen Bewertung soll die Verkehrsplanung Alternativvorschläge erarbeiten und diese dem Ausschuss für Verkehr, dem Bezirksrat von Eggenberg und den betroffenen Anrainerinnen und Anrainern präsentieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.



**11.25 Aufstockung des Mistkübel-Angebots in Grazer Parks
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,
aufgrund der Corona-Pandemie gilt bei Zusammenkünften noch immer die 1+1-Regel, sowohl in geschlossenen Räumen als auch im Freien: Ein Haushalt darf sich mit maximal einer Einzelperson (Angehörige oder Angehöriger bzw. enge Bezugsperson) treffen.

Aus diesem Grund weichen viele BewohnerInnen der Stadt Graz auf den öffentlichen Raum, vorwiegend auf Parks, aus. Dort ist es möglich, unter Einhaltung der Abstandsregelungen gemeinsam Zeit mit FreundInnen zu verbringen und soziale Kontakte zu pflegen. Selbstverständlich werden dort auch Speisen oder Getränke konsumiert. Die Entsorgung des Mülls stellt sich jedoch oftmals als problematisch heraus (volle Mistkübel), was dazu führt, dass der Müll oftmals einfach am Boden geparkt wird.

Ich stelle daher folgenden

Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine sofortige Aufstockung des Mistkübel-Angebots in den Grazer Parks in die Wege leiten und die Sinnhaftigkeit und Umsetzung von Pop-Up-Mistkübeln prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Europastunde im Grazer Gemeinderat
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,

Die Europapolitik muss sich den BürgerInnen annähern, muss greifbarer und verständlicher werden. EU-Abgeordnete sind „ÜbersetzerInnen“ europapolitischer Themen und müssen daher ein Rederecht im Gemeinderat haben, welches durch eine aktuelle Europastunde weiter aufgewertet werden könnte.

Seit 2015 haben die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments (MEP) bei Beratungen zu EU-Themen im Nationalrat und im Bundesrat ein Rederecht. Ebenso sehen viele Länderparlamente das Rederecht für EU-Abgeordnete vor. So auch die Geschäftsordnung des steirischen Landtages. Gemäß § 14 Abs. 8 GeoLT haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments das Recht, "an jenen Sitzungen des Landtages teilzunehmen, in denen die Halbjahresberichte der Landesregierung über Entwicklungen in der Europäischen Union (Art. 41 Abs. 12 Z 2 L-VG) beraten werden." Mit einer aktuellen Europastunde könnten die zentralen Fragen der EU, welche Graz beschäftigten, noch besser in den Vordergrund gerückt werden und somit eine spannende Ergänzung und Belebung des Stadtparlamentarismus bewirkt werden. Im Nationalrat findet die aktuelle Europastunde 4-mal jährlich statt.

Eine solche europapolitische Stunde mit einem Rederecht für die Abgeordneten der Europäischen Union ist auch in der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages verankert. Doch auch auf kommunaler Ebene wurde seit 2015 im Innsbrucker Gemeinderat ein Rederecht für MEPs eingeräumt.

Mit dieser einfachen Änderung könnte es gelingen, die Europapolitik noch näher an die BürgerInnen zu bringen, denn eine aktuelle Europastunde in Graz würde auch auf die Öffentlichkeit strahlen und die oftmals abstrakt und weit entfernt wahrgenommene Europapolitik für die GrazerInnen sichtbarer und verständlicher machen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Implementierung des Rederechts für MEP im Grazer Gemeinderat nach Innsbrucker Vorbild bzw. die Einführung einer Grazer Europastunde im Gemeinderat zu prüfen und gegebenenfalls ein Stück zur Beschlussfassung dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 29. April 2021

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 21.04 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz